



EU-Monitoring N° 3

März 2021

Stand: 06.04.2021

Inhalt

1	Aus gegebenem Anlass	1
1.1	Kinderrechtsstrategie	1
1.2	Kindergarantie	2
2	Europäische Union	4
2.1	Institutionen	4
2.1.1	Europäische Kommission	4
2.1.2	Europäischer Rat	5
2.1.3	Rat der EU	5
2.1.4	Europäisches Parlament	6
2.2	Instrumente	7
2.2.1	Konferenz zur Zukunft Europas	7
2.2.2	Europäische Säule Sozialer Rechte	7
2.2.3	Europäisches Semester	8
3	Europarat	9
3.1	Deutscher Vorsitz im Ministerkomitee	9
3.2	Istanbul-Konvention	9
4	Aktuelle Themen	11
4.1	Kinder & Jugend	11
4.2	Ältere Menschen & Pflege	12
4.3	Gleichstellung der Geschlechter	13
4.4	Gewalt gegen Frauen	13
4.5	LGBTI	14
4.6	Engagement	15

1 Aus gegebenem Anlass

Die Kommission hat am 24. März die erste umfassende [Kinderrechtsstrategie](#) (de) sowie einen [Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie](#) (de) angenommen ([Pressemitteilung](#) de/en).

1.1 Kinderrechtsstrategie

- Die übergreifende Kinderrechtsstrategie gilt für die nächsten vier Jahre und soll bestehende und zukünftige europäische Aktionen und Politiken zu Kinderrechten vereinen. Kinderrechte sollen in allen EU-politischen Bereiche einbezogen werden. Die Strategie soll auch die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, die EU-Mittel bestmöglich zu nutzen.
- Die Leitlinien der Strategie sind Partizipation, Gleichheit und Inklusion. Alle Kinder in der EU haben das Recht auf gleichen Schutz und Zugang zu Dienstleistungen.
- Die Strategie ist gemeinsam mit Kindern entwickelt worden, mehr als 10.000 Kinder hatten an der Konsultation hierfür teilgenommen.
- Die Strategie umfasst sechs Themenbereiche und vorgeschlagene (hier ausgewählte) Maßnahmen:

1. Kinder als Akteure des Wandels im demokratischen Leben

- Einrichtung einer EU-Plattform für die Teilhabe von Kindern
- Einbeziehung von Kindern als Akteure des Wandels bei der Umsetzung des Klimapakts und des europäischen Grünen Deals

2. Recht der Kinder, ihr Potenzial unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund voll auszuschöpfen

- Einführung einer neuen europäischen **Kindergarantie** für Not leidende Kinder (siehe 1.2)
- Gewährleistung der Komplementarität mit der Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
- Unterstützung von Bemühungen um eine erschwingliche und zugängliche Gesundheitsversorgung unterstützen, gesunde Ernährung, psychosoziale Unterstützung, Bildung- und Freizeitaktivitäten

3. Recht der Kinder auf Gewaltfreiheit

- Angehen von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie schädlicher Praktiken gegenüber Frauen und Mädchen
- Stärkung integrierter Kinderschutzsysteme

4. Recht von Kindern auf eine kindgerechte Justiz als Opfer, Zeugen, Verdächtige, Angeklagte oder Partei eines Gerichtsverfahrens

- Unterstützung der Ausbildung von Angehörigen der Rechtsberufe im Hinblick auf eine kinderfreundliche Justiz
- Zusammenarbeit mit dem Europarat bei der Umsetzung der Leitlinien von 2010 für eine kinderfreundliche Justiz

5. Recht der Kinder auf Sicherheit im digitalen Umfeld und auf Nutzung der sich dort bietenden Chancen

- Investition in den Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet durch Verpflichtungen für Diensteanbieter zur Aufdeckung und Meldung unangemessener Online-Inhalte
- Vorstellung einer aktualisierten [Strategie für ein besseres Internet für Kinder \(en\)](#) im Jahr 2022
- Sichere Online-Erfahrungen durch das vorgeschlagene [Gesetz über digitale Dienste \(en\)](#)

6. Weltweites Eintreten für die Rechte von Kindern

- Fortsetzen der Nulltoleranzpolitik gegenüber Kinderarbeit
 - Ausarbeitung eines Jugendaktionsplans bis 2022, um die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern weltweit zu fördern
 - Bereitstellung von zehn Prozent der humanitären Hilfe für Bildung in Notsituationen und andauernden Krisen.
- Die Umsetzung der EU-Strategie wird auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene verfolgt, und die Kommission wird auf dem jährlichen [EU-Forum für die Rechte des Kindes](#) über die Fortschritte Bericht erstatten.
 - Ende 2024 wird eine Evaluierung der Strategie unter Beteiligung von Kindern durchgeführt.

1.2 Kindergarantie

- Die Europäische Kindergarantie ergänzt die **zweite Säule der Kinderrechtsstrategie** (Recht der Kinder, ihr Potenzial unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund voll auszuschöpfen).
- Der [Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie \(de\)](#) zielt darauf ab, soziale Ausgrenzung zu verhindern und zu bekämpfen, indem der **Zugang bedürftiger Kinder zu einer Reihe wichtiger Dienste** garantiert wird.
- Die Mitgliedstaaten werden ersucht bedürftigen Kindern Folgendes zu garantieren:
 - Effektiven und kostenlosen Zugang zu
 - Frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung,
 - Bildungsangeboten und schulbezogenen Aktivitäten,
 - mindestens einer gesunden Mahlzeit pro Schultag,
 - Gesundheitsversorgung.
 - Effektiver Zugang zu
 - gesunder Ernährung,
 - angemessenem Wohnraum.
- Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, einen **integrierten und unterstützenden politischen Rahmen** zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung von Kindern zu

schaffen. Dieser soll sich darauf konzentrieren, die generationenübergreifenden Zyklen von Armut und Benachteiligung zu durchbrechen und die sozioökonomischen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu verringern.

- Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert
 - einen **nationalen Koordinator bzw. eine nationale Koordinatorin** für die Garantie für Kinder zu benennen,
 - **Interessenträger** in die Ermittlung bedürftiger Kinder und der Hindernisse einzubeziehen,
 - der Kommission innerhalb von sechs Monaten nach Annahme dieser Empfehlung einen **Aktionsplan** für den Zeitraum bis 2030 vorzulegen (hier auch Einbezug von Interessenträgern),
 - der Kommission alle zwei Jahre über die **Fortschritte bei der Umsetzung dieser Empfehlung** im Einklang mit dem nationalen Aktionsplan Bericht zu erstatten und
 - wirksame Informationsmaßnahmen für bedürftige Kinder und ihre Familien zu entwickeln.

Die Kommission verpflichtet sich

- die Fortschritte im Rahmen des **Europäischen Semesters** (siehe [2.2.3](#)) zu überwachen.
- mit dem Ausschuss für Sozialschutz, einem beratenden politischen Ausschuss zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission im Bereich Sozialschutz, einen **gemeinsamen Überwachungsrahmen** festzulegen.
- gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union (siehe [2.1.3](#)) **relevante und vergleichbare Daten auf EU-Ebene** zur Verfügung zu stellen.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, den Vorschlag für die Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie zügig anzunehmen.

- Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft hatten Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereits eine **gemeinsame Erklärung** (en) veröffentlicht, in der die Staaten ihre Bereitschaft zur Unterstützung der EU-Kindergarantie erklären und ihre Verpflichtung für eine angemessene Umsetzung auf nationaler Ebene betonen.

2 Europäische Union

2.1 Institutionen

2.1.1 Europäische Kommission

- Am 3. März hat die **Europäische Kommission** eine neue [Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen \(2021–2030\)](#) (de/en) veröffentlicht. Die Strategie soll die Inklusion und Partizipation von Menschen mit Behinderungen befördern und schließt an die Verpflichtungen der EU zu Gleichheit und Nicht-Diskriminierung an.
- Die **Europäische Kommission** hat einen [Bericht](#) (en) zu demographischen Herausforderungen und Potentialen von Migration und digitaler Technologie mit Blick auf das Personal im Bereich Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege veröffentlicht. Ziel ist, den Planungsprozess der EU mit Blick auf das pflegerische Personal mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu unterstützen.

Erster Fortschrittsbericht: Gleichstellungsstrategie 2020–2025

Am 5. März, ein Jahr nachdem die Europäische Kommission ihre Gleichstellungsstrategie für die Jahre 2020 – 2025 vorgestellt hat, wurde der erste **Fortschrittsbericht** (en, Pressemitteilung de) veröffentlicht: Dieser dient als politische Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte im ersten Jahr der Gleichstellungsstrategie.

Die Gleichstellungsstrategie enthält sowohl **konkrete Maßnahmen** für das Erreichen der Gleichstellung der Geschlechter als auch die Verpflichtung eine **intersektionale Perspektive und Gender Mainstreaming** in alle Politikbereiche und bei wichtigen Initiativen der EU einzubeziehen.

Der Fortschrittsbericht zur Strategie präsentiert zum einen die verfügbaren Daten über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie für jeden Bereich der Strategie und skizziert die Maßnahmen, die die EU und die Mitgliedsstaaten ergriffen haben, um diese Auswirkungen zu mildern. Dabei wird deutlich, dass die Pandemie die bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in fast allen Lebensbereichen verschärft und viele Fortschritte aus vergangenen Jahren zunichtegemacht hat.

Zum anderen hebt der Bericht die konkreten Schritte seitens der EU-Kommission zur Umsetzung der Gleichstellungsstrategie seit Veröffentlichung der Strategie im März 2020 hervor:

Gewalt gegen Frauen

- Annahme der [EU-Strategie für die Rechte der Opfer](#) (en) (Juni 2020)
- [Öffentliche Konsultation](#) (en) zu einer neuen Gesetzesinitiative zur besseren Unterstützung von Opfern und zur Strafverfolgung von Tätern geschlechtsspezifischer Gewalt (bis 10. Mai 2021)
- Vorschlag für ein [Gesetz über digitale Dienste](#) (en), das die Verantwortlichkeiten von Online-Plattformen klärt und somit dazu beiträgt, das Internet für Frauen sicherer zu machen (Dezember 2020)

Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

- [Legislativvorschlag](#) (en) über Maßnahmen zur Stärkung des Grundsatzes des gleichen Entgelts durch Lohntransparenz (März 2021)
- Festlegung von ehrgeizigen Ziele für die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und die Bereitstellung von frühkindlicher Bildung und Betreuung im [Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte](#) (de)

Abbau von Geschlechterstereotypen

- Unterstützung von Initiativen zur Überwindung von Geschlechterstereotypen im Rahmen von Förderprogrammen, einschließlich des [EU-Programms „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“](#) (en)

Die Förderung von **Gender-Mainstreaming** ist im [Mehrjährigen Finanzrahmen \(2021–2027\)](#) (en) bei den Ausgaben des EU-Haushalts zu finden. Auch im Rahmen der neuen [Aufbau- und Resilienzfähigkeit](#) (en) von [NextGenerationEU](#) (de) sind die Mitgliedstaaten dazu angehalten in ihren nationalen Aufbauplänen zu erläutern, wie sie die Gleichstellung der Geschlechter fördern wollen, um die Erholung Europas geschlechtergerecht zu gestalten.

Um die Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie in den 27 EU-Mitgliedstaaten künftig besser nachvollziehen und überwachen zu können, haben die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission und das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) das [Portal zur Überwachung der Gleichstellungsstrategie](#) (en) ins Leben gerufen.

2.1.2 Europäischer Rat

Der Europäische Rat trat am 25. März per Videokonferenz zusammen: [Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse](#) (de). Hauptthemen waren die Coronavirus-Pandemie, ein Austausch mit US-Präsident Joe Biden sowie die Beziehungen zu Russland.

2.1.3 Rat der EU

- Der **Rat der Europäischen Union** hat am 12. März die [Ratsschlussfolgerungen zu Mainstreaming Ageing in Public Policies](#) (en) verabschiedet. Sie wurden auf Initiative der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft beschlossen und führen die Bemühungen unter der Deutschen Ratspräsidentschaft zur Stärkung der Rechte Älterer fort.

Die **Age Platform Europe** begrüßt die EU-Ratsschlussfolgerungen als einen Schritt in die richtige Richtung zu einer EU-Altersgleichstellungsstrategie ([Pressemitteilung](#), en). Auch die **ständige Arbeitsgruppe zum Altern der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE)** hat [Leitlinien](#) (en) zum Mainstreaming von Alter veröffentlicht.

2.1.3.1 Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

Der EPSCO-Rat trat am 15. und 16. März zusammen:

- Der erste Tagungstag fand mit **Schwerpunkt Beschäftigung und Soziales** statt: Themen waren insbesondere die Beschäftigungs- und Sozialpolitik im Rahmen des Europäischen Semesters, den Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte sowie Strategien und Initiativen zur Förderung von Gleichheit und Nichtdiskriminierung: [Zusammenfassung](#) (de).
- Am zweiten Tagungstag kamen die Gesundheitsministerinnen und –minister zusammen: [Zusammenfassung](#) (en).

Das nächste offizielle Treffen des EPSCO-Rates findet am 14. und 15. Juni statt: Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.

2.1.3.2 Rat der Europäischen Union für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Die Ratsformation für Bildung, Jugend, Kultur und Sport tritt am 17. und 18. Mai zusammen: Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.

2.1.4 Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament trat im März zu zwei Plenarsitzungen am 8. bis 11. März und 25. und 26. März zusammen:

- Die Abgeordneten verabschiedeten am 11. März eine **Entschließung zu den Rechten des Kindes im Hinblick auf die EU-Kinderrechtsstrategie** (de/en) (siehe 1). Die Entschließung hebt die besondere Betroffenheit von Kindern im Rahmen der Coronavirus-Pandemie in Bezug auf Armutrisiko, Zugang zu Bildung, psychische Erkrankungen sowie erhöhtes Risiko von Gewalt und Missbrauch. [Zusammenfassung](#) (de) des Europäischen Parlaments.
- Am 11. März wurde die **Entschließung zur Ausrufung der EU zum Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen** (de/en) angenommen. Die Abgeordneten verabschiedeten die Entschließung in Reaktion auf die Ausrufung von sogenannten LGBTI-freien Zonen in Polen sowie den generellen Anstieg von Diskriminierung und Übergriffen gegen LGBTIQ-Personen. [Zusammenfassung](#) (de) des Europäischen Parlaments.
- [Zusammenfassung der Plenardebatte März I](#) (en) des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments.
- [Zusammenfassung der Plenardebatte März II](#) (en) des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments.

Die nächste Plenarsitzung findet am 26. bis 29. April statt: [Tagesordnung](#) (de/en).

2.2 Instrumente

2.2.1 Konferenz zur Zukunft Europas

Zu Beginn ihrer Amtszeit kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen an, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Zukunft Europas im Rahmen einer Konferenz zur Zukunft Europas stärken zu wollen. Der für 2020 geplante Beginn verschob sich aufgrund der Corona-virus-Pandemie sowie politischer Uneinigkeit auf 2021. Seit März 2021 gibt es ein Exekutivkomitee mit Vertreterinnen und Vertretern aus Europäischem Parlament, Rat der EU sowie Kommission. Der offizielle Beginn ist zunächst für den Europatag am 9. Mai 2021 geplant.

- Nachdem zu Beginn des Monats eine Gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas vom Europäischen Parlament, der portugiesischen Ratspräsidentschaft sowie der Europäischen Kommission gebilligt wurde (siehe EU-Monitoring N° 2), fand am 24. März die konstituierende Sitzung des Exekutivkomitees statt: [Berichterstattung und Liste der Mitglieder des Komitees](#) (en). Das nächste Treffen findet am 7. April statt.
- Das **Exekutivkomitee** beschloss zunächst eine [Digitale Plattform für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger](#) (de) einzurichten, die am 19. April online gehen soll. Des Weiteren wurde eine formale Eröffnungsveranstaltung am Europatag, dem 9. Mai, in Strasbourg diskutiert.
- Das **Institut für Europäische Politik (IEP)** veröffentlichte am 17. März das Policy Paper [Making the Conference on the Future of Europe a Success](#) (en) mit Empfehlungen für die Konferenz zur Zukunft Europas. Im Rahmen des Policy Papers wurde ebenfalls eine [Chronologie der Verhandlungen](#) (en) zur Konferenz seit 2019 erstellt.

2.2.2 Europäische Säule Sozialer Rechte

Die [Europäische Säule sozialer Rechte](#) (de) wurde am 17. November 2017 unter Jean-Claude Juncker proklamiert und soll soziale Rechte für Bürgerinnen und Bürger aufbauend auf 20 Grundsätzen in den Bereichen 1) Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2) Faire Arbeitsbedingungen sowie 3) Sozialschutz und soziale Inklusion gewährleisten. Die Nachfolgerkommission von der Leyen hat am 4. März 2021 einen [Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte](#) (en) veröffentlicht, der neue soziale Leitziele bis 2030 in den Bereichen der Säule festlegt.

Anlässlich der Veröffentlichung des Aktionsplans (siehe ausführlich EU-Monitoring N°2), veröffentlichten einige zivilgesellschaftliche Organisationen Stellungnahmen:

- Die **Age Platform Europe** hat eine [Stellungnahme](#) (en) veröffentlicht, in der sie unter anderem das Recht auf Langzeitpflege in den Blick nimmt.
- **Social Platform** hat ein erstes [Statement](#) (en) zum Aktionsplan abgegeben und kündigt eine umfassendere Aufarbeitung an. Das fünfseitige Statement kritisiert unter anderem, dass der Aktionsplan nicht alle 20 Prinzipien der Säule abdecke sowie den Mangel an konkreten Umsetzungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich des Monitoringprozesses im Rahmen des Europäischen Semesters und bei der Einbeziehung von Stakeholdern.

- **COFACE Families Europe** hebt in seiner [Stellungnahme](#) (en) neun Themenfelder hervor, die den neuen Aktionsplan insgesamt zu einem guten Schritt in die richtige Richtung machten und als Wegweiser für nationale Regierungen gelten könnten.
- Stellungnahme der **Arbeiterwohlfahrt (AWO)** „[Im Grundsatz richtig, aber mutlos](#)“ (de)
- Die **Lifelong Learning Platform** – European Civil Society for Education veröffentlichte eine [Stellungnahme](#) (en), die die fehlende Einbeziehung des Bildungssektors im Konsultationsprozess kritisiert.

2.2.3 Europäisches Semester

Das Europäische Semester ist der Abstimmungszyklus der EU-Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Ausrichtung ihrer Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik an auf EU-Ebene jährlich vereinbarten Zielen und Regeln. Der Ablauf des Europäischen Semesters folgt immer derselben Logik: Siehe Infografiken zur [Aufgabenverteilung](#) (de) und [Zeitleiste](#) (en) des Europäischen Semesters.

- Am 11. März fand im Europäischen Parlament die Debatte und Abstimmung über die Schwerpunkte des diesjährigen Europäischen Semesters statt. Die Abgeordneten verabschiedeten zwei **Entschlüsse zum Europäischen Semester** für die wirtschaftspolitische Koordinierung: 1) zu den [Beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekten in der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021](#) (de/en) sowie 2) zur [jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021](#) (de/en). Insbesondere wird die Bedeutung von Sozialpolitik und Strukturreformen beim Wiederaufbau betont.
- Die Beschäftigungs- und Sozialpolitik im Rahmen des Europäischen Semesters war unter anderem auch Thema des EPSCO-Rates am 15. März: [Zusammenfassung](#) (de).

3 Europarat

- Die [Gender Equality Commission \(GEC\)](#) des Europarats kommt am 14. und 15. April zu ihrem 19. Treffen zusammen. Die Mitglieder der Kommission werden insbesondere den Entwurf des jährlichen Umsetzungsberichts (en) zur Gender Equality Strategy 2018–2023 des Europarats sowie den Bericht „Advancing Gender Equality: The role and situation for gender equality mechanisms in the context of COVID-19“ besprechen. Alle weiterführenden Informationen und Links finden sich in der [Agenda](#) (en) des Treffens (siehe auch [3.2](#)).

3.1 Deutscher Vorsitz im Ministerkomitee

Am 18. November hat Deutschland für ein halbes Jahr bis zum 21. Mai 2021 den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats übernommen:

- [Offizieller Internetauftritt](#) (en/de/fr/it/ru) des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats.

Gleichstellung und Schutz von Frauen vor Gewalt ist einer der [Schwerpunkte und Aktivitäten des BMFSFJ](#) (de) im Rahmen des Vorsitzes im Ministerkomitee:

3.2 Istanbul-Konvention

Das 2011 in Istanbul unterzeichnete und 2014 in Kraft getretene **Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** (Istanbul-Konvention) ist das bisher weitreichendste international rechtsverbindliche Instrument zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

- Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März haben Bundesgleichstellungsministerin Franziska Giffey und die Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejčinović Burić, eine [gemeinsame Erklärung](#) (en) veröffentlicht, in der anlässlich des **10. Jahrestages der Istanbul-Konvention**, seine Bedeutung für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Europa unterstrichen wird ([Pressemitteilung](#), de).
- **Veranstaltungshinweis:** Am 11. Mai veranstaltet der Europarat zusammen mit dem deutschen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats (siehe [3.1](#)) die **Konferenz „Gender equality and the Istanbul Convention: a decade of action“**. Neben der Würdigung des zehnjährigen Bestehens der Istanbul-Konvention sollen auch die Maßnahmen des Europarats gegen Geschlechterstereotype und Sexismus vorgestellt werden. Auf dem Treffen der Gender Equality Commission des Europarats (siehe oben) wird ein Konzeptpapier und ein vorläufiges Programm der Konferenz vorgestellt.
Eine Veranstaltungsw Webseite befindet sich in Erstellung.
- **Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention:** Am 20. März ist die **Türkei** per Dekret des Präsidenten aus der Istanbul-Konvention ausgetreten.
 - Der **Europarat** reagierte mit Bedauern ([Pressemitteilung](#), de).

- Das **Bündnis Istanbul-Konvention (BIK)** und der **Deutsche Frauenrat** haben in Stellungnahmen (de) die Bundesregierung aufgefordert in ihrem **Vorsitz des Ministerkomitees des Europarats** (siehe 3.1) die Türkei aufzufordern, den Austritt rückgängig zu machen und sich als Mitglied der EU-Triopräsidentschaft für Konsequenzen für die deutsch- bzw. europäisch-türkischen Beziehungen einzusetzen.
- Auch **EU-Mitgliedstaaten**, wie Polen und Ungarn, stellen wiederholt die Gleichstellung der Geschlechter und die Istanbul-Konvention in Frage.
- Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den **Beitritt der Europäischen Union zur Istanbul-Konvention** zu einer der wichtigsten Prioritäten der Europäischen Kommission gemacht. Nun wurde in einem **Gutachten** (de) des **Europäischen Gerichtshofs** am 11. März dieser als rechtlich möglich bewertet.
- Der Europarat hat einen **Vergleich**¹ (en) zwischen der Istanbul-Konvention und der **UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau** (CEDAW) veröffentlicht. Der Vergleich zeigt, wie die Istanbul-Konvention auf dem Rahmen von CEDAW aufbaut und diesen mit einem Katalog rechtlich bindender Maßnahmen unterlegt.
- **BEO-Veröffentlichungsreihe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Europa:** Die Beobachtungsstelle hat im vergangenen Jahr ein umfassendes Arbeitspapier zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Europa veröffentlicht:

Lange, Katrin / Molter, Sarah / Wittenius, Marie (2020): **Gewalt gegen Frauen – Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Dänemark, Finnland und Österreich**, Arbeitspapier Nr. 21.

Aufgrund des Umfangs der Studie wurde begleitend eine **Kurzfassung** und Länderversionen für **Dänemark, Finnland und Österreich** veröffentlicht. Alle veröffentlichten Papiere wurden auch in **Englisch** veröffentlicht.
- Das **Bündnis Istanbul-Konvention** hat seinen Alternativbericht (de/en) zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland vorgelegt. Darin kritisiert das Bündnis, dass eine ressortübergreifende Gesamtstrategie, handlungsfähige Institutionen und die notwendigen Ressourcen, um das Recht aller Frauen und Mädchen auf ein gewaltfreies Leben umzusetzen, weiterhin fehlten. Insbesondere für Frauen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, mit Behinderungen, diversen geschlechtlichen Identitäten oder in Wohnungslosigkeit, ist der Schutz nach wie vor mangelhaft (**Pressemitteilung**, de).

¹ Der Europarat schützt seine Links. Sollte die direkte Verlinkung nicht funktionieren, kopieren Sie den folgenden Link direkt in Ihren Browser: <https://rm.coe.int/168059aa28>

4 Aktuelle Themen

4.1 Kinder & Jugend

- Der **UN-Kinderrechteausschuss** hat am 24. März eine [allgemeine Bemerkung](#) (General comment) (en) zu Kinderrechten im digitalen Raum veröffentlicht. Die Bemerkung ist das Ergebnis einer zweijährigen Konsultation, an der auch Kinder selbst beteiligt waren. Ziele sind unter anderem: den Zugang zu altersgerechten digitalen Inhalten zu verbessern und Kinder vor schädlichen Inhalten und allen Formen digitaler Gewalt sowie ihre Privatsphäre zu schützen.
- Das **Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland** hat anlässlich der Beratung des UN-Kinderrechteausschusses in einem [Newsletter](#) (de) den Berichtszyklus zur UN-Kinderrechtskonvention dargestellt und alle relevanten Dokumente des UN-Dialogs für Deutschland aufgeführt. Im Februar hatte das Netzwerk den UN-Kinderrechteausschuss beraten, bevor dieser schriftliche Fragen zur Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland an die Bundesregierung versendet.
- **UNICEF** hat am 25. Februar ein Side-Event zur 52. Sitzung der Statistikkommission der UN zum Thema “How has COVID-19 changed the world for children?” veranstaltet. Ein [Videomitschnitt](#) (en) der Veranstaltung ist online verfügbar. Neben der Vorstellung des [COVID-19 and Children Data Hub](#) und des [SDG Data Portal](#) wurde in mehreren thematischen Sessions die Situation von Kindern während der Coronavirus-Pandemie diskutiert, unter anderem zu Armut und Gender, digitaler Anbindung ([Bericht](#), en) und häuslicher Gewalt ([Bericht](#), en). Weitere [UNICEF-Berichte](#) (en) zu den behandelten Themen sind online abrufbar.
- Die **European Platform for Investing in Children** (EPIC) hat eine [Policy Memo](#) (en) zum Childcare Gap verfasst. Der Childcare Gap beschreibt den Zeitraum, in dem Familien mit kleinen Kindern nicht die Möglichkeit auf eine gut bezahlte Elternzeit oder einen Platz in frühkindlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen haben. Die veröffentlichte Policy Memo gibt einen Überblick über die Situation des Childcare Gaps in den EU Mitgliedstaaten und untersucht die bestehenden politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von diesem.
- Die **London School of Economics** (LSE) veranstaltete im Rahmen des LSE Festival: Shaping the Post-COVID World am 3. März das Event [Digital by Default: the COVID-19 generation](#). Diskutiert wurden die Effekte der Digitalisierung im Kontext der Coronavirus-Pandemie auf Kinder und Jugendliche einschließlich digitaler Spaltung, sexuellen Missbrauchs und Folgen für die psychische Gesundheit. Die Veranstaltung ist als [Video](#) und [Podcast](#) (en) abrufbar.
- **Veranstaltungshinweis:** Am 21. April organisiert **COFACE Families Europe** eine Veranstaltung zum Thema [Unlocking new economic thinking for a sustainable future](#). Diskutiert wird, wie der Aufbau einer Wirtschaft gelingen kann, die auf die Bedürfnisse von Familien und Kindern, auch angesichts der Coronavirus-Pandemie, besser eingeht und die soziale und ökologische Nachhaltigkeit umsetzt.

4.2 Ältere Menschen & Pflege

- Die **EU-Vertretung des Deutschen Caritasverbands** hat am 25. März mit der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU (StäV) den jugend- und familienpolitischen Gesprächskreis zum Thema „Altes Thema – neuer Schwung!? Das Grünbuch Altern“ veranstaltet. Astrid Dentler, EU-Kommission, erläuterte die Inhalte des Grünbuchs und betonte, das Grünbuch nehme bewusst alle Lebensalter in den Blick, da die Grundlagen für ein gesundes und aktives Altern früh gelegt werden müssten. Die [Konsultation](#) der Kommission zum Grünbuch Altern läuft noch bis zum 21. April. Nicole Zündorf-Hinte, BMFSFJ, informierte zu vergangenen und kommenden Initiativen unter der Trio-Ratspräsidentschaft von Deutschland, Portugal und Slowenien. Sie verwies neben den Ratsschlussfolgerungen Deutschlands und Portugals (siehe [2.1.3](#)) darauf, dass auch Slowenien bereits für die Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 eine Konferenz zur Lebenslaufperspektive plane.
- Vom 29. März bis zum 1. April fand die [11. Sitzung](#) der **Open-Ended Working Group on Ageing der Vereinten Nationen** statt. Behandelt wurden die Bereiche Bildung und lebenslanges Lernen, soziale Sicherung, Arbeitsmarkt und Zugang zu Justiz. Die **Age Platform Europe** hat zusammen mit weiteren NGOs Diskussionspapiere zum [Zugang zu Justiz](#) (en), Zugang zum [Arbeitsmarkt](#) (en) sowie die [Forderung einer UN Konvention für die Rechte älterer Menschen](#) (en) vorab eingereicht.
- Die **Age Platform Europe** hat ein Special Briefing [Human rights are for all ages – Time of the EU to lead the rallying for a UN Convention](#) (en) veröffentlicht, in dem sie dazu aufrufen sich der Forderung nach einer UN Konvention für die Rechte älterer Menschen anzuschließen.
- Die **Age Platform Europe** hat ihren [Jahresbericht](#) (en/fr) für 2020 veröffentlicht. Als Prioritäten für 2021 nennt die Age Platform Europe:
 1. den Einsatz für eine EU-Altersgleichstellungsstrategie im Anschluss an das Grünbuch zum Altern,
 2. die Erneuerung der Position zur Langzeitpflege und
 3. die Erholung nach der Coronavirus-Pandemie.

Die Vorhaben sind in einer [Übersicht](#) (en) zusammengefasst.

- Die **Age Platform Europe** hat auf die Konsultation der EU Kommission zum [EU Strategic framework for Health and Safety at Work 2021-2027](#) (en) einen [Beitrag](#) (en) eingereicht, um die Bedarfe älterer Menschen im Erwerbsleben einzubringen.
- Die **WHO** hat den [Global Report on Ageism](#) (en) veröffentlicht ([Zusammenfassung](#), en). Im Bericht werden das Ausmaß, die Auswirkungen und die Determinanten von Altersdiskriminierung sowie wirksame Strategien und Handlungsempfehlungen zur Verringerung dargestellt.

4.3 Gleichstellung der Geschlechter

- Die **ILO** hat die Studie [Empowering Women at Work. Government Laws and Policies for Gender Equality](#) (en) veröffentlicht. Diese gibt einen Überblick zu Gesetzgebung und Politiken für Geschlechtergleichheit in den Bereichen Entgeltgleichheit, Gewalt gegen Frauen, geschlechtergerechte Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit, Teilhabe von Frauen in Entscheidungsprozessen und der Zukunft der Arbeit. Neben den internationalen Rahmenbedingungen werden auch nationale vielversprechende Praxisbeispiele vorgestellt.
- Vom 15.–26. März fand die **65. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission** (FRK) statt. Schwerpunktthemen waren die vollständige und wirksame Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben und an Entscheidungsprozessen sowie die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ([Schlussfolgerungen](#), [Pressemitteilung](#), [Erster Entwurf der Abschlusserklärung der UN-Mitgliedsstaaten](#), en). Eine Liste der **Side-Events** ist [hier](#) zu finden. Folgende Side-Events wurden von der Bundesregierung (mit)organisiert:
 - 17. März: [Digital Gender Gaps and Opportunities: Fostering equal participation and ending violence against women in the connected age](#) (Aufzeichnung, en)
 - 17. März: [On the Path to Economic Justice and Rights: Working towards Women's Economic Empowerment](#) (Aufzeichnung, en)
 - 18. März: [Marginalized Women in Fragile and Conflict Settings – how to make their voices count](#) (Aufzeichnung, en)
 - 23. März: [Combating violence against women and girls - Best practices to improve access to support systems in times of crisis](#) (Aufzeichnung, en).
- Anlässlich des Equal Pay Day in Deutschland am 10. März hat das **DIW** die Studie [Gender Pay Gap im europäischen Vergleich: Positiver Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und Lohnlücke](#) (de) veröffentlicht. Dieser nach hat Deutschland sowohl insgesamt als auch im Vergleich zu Ländern mit ähnlich hoher Frauenerwerbstätigkeit einen der höchsten Gender Pay Gaps in Europa. Vorbildcharakter könnte die Steuer- und Familienpolitik der nordischen Länder haben, die hohe Frauenerwerbsquoten und relativ niedrige Lohnlücken aufweisen.

4.4 Gewalt gegen Frauen

- Am 8. März fand der **110. Internationale Weltfrauentag** statt. Anlässlich des weiterhin unzureichenden Schutzes von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt hat eine Gruppe von UN-Expert*innen in einem [gemeinsamen Statement](#) (en) insbesondere Männer dazu aufgerufen sich stärker für die Menschenrechte von Frauen einzusetzen. Betont wird die Notwendigkeit eines intersektionalen Ansatzes zu Geschlechterdiskriminierung, der Diskriminierung aufgrund rassistischer Gründe, ethnischer Zugehörigkeit, nationaler Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Alter und Behinderungsstatus berücksichtigt.

- Der **wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** hat eine Studie zum Thema geschlechtsspezifischer Gewalt „[Combating gender-based violence: Cyber violence](#)“ (en) veröffentlicht.
- Zur **Istanbul-Konvention** siehe [3.2](#).

4.5 LGBTI

- **ILGA-Europe** hat in Reaktion auf die Ausrufung der EU zum Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen (siehe [2.1.4](#)) eine Stellungnahme „[The EU an LGBTIQ Freedom Zone? The ambition is right, but the reality is very different](#)“ (en) veröffentlicht. Im Rahmen der Stellungnahme wird insbesondere darauf hingewiesen, dass es zur Gleichstellung von LGBTIQ-Personen auch neben den derzeit oft genannten Ländern Polen und Ungarn in vielen weiteren Ländern der EU der Umsetzung weiterer Maßnahmen bedarf. ILGA-Europe fordert die europäischen Institutionen auf, konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des ausgerufenen Freiheitsraums und der LGBTIQ Gleichstellungsstrategie 2020-2025 folgen zu lassen.
- Zum Internationalen Frauentag am 8. März hat **ILGA-Europe** eine [Stellungnahme](#) (en) zum Thema Gender und gender equality veröffentlicht.
- **COFACE Families Europe** hat am 31. März eine Studie [Obstacles to the Free Movement of Rainbow Families in the EU](#) (en) veröffentlicht. Die Studie wurde vom Petitions-Ausschuss der Europäischen Parlaments in Auftrag gegeben und untersucht:
 - Hindernisse für Regenbogenfamilien bei der Ausübung ihrer Freizügigkeitsrechte,
 - die Behandlung gleichgeschlechtlicher verheiratete Paare, eingetragener Partnerschaften, nicht-eingetragener Partnerschaften und deren Kinder in grenzüberschreitenden Kontexten in den Mitgliedstaaten der EU und
 - Handlungsspielräume für die EU-Institutionen diese Hindernisse für Regenbogenfamilien zu beseitigen.

4.6 Engagement

- Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat einen **Sonderpreis unter dem Motto „Die Zivilgesellschaft im Einsatz gegen COVID-19“** vergeben. Dieser ersetzte 2020 einmalig den traditionellen EWSA-Preises der Zivilgesellschaft. Ziel war es, der europäischen Zivilgesellschaft in ihrem Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie Anerkennung zu zollen. Ausführliche Informationen finden sich auf der [Webseite](#) (de). Im Folgenden werden ausgewählte Preisträger aus ganz Europa kurz vorgestellt:
 - **Belgien:** **OKRA, trefpunt 55+**, eine Vereinigung, die mit der kreativen Initiative *The resilience of OKRA* auf die Pandemie reagierte, mit der ältere Menschen aktiv und sozial vernetzt gehalten werden sollen.
 - **Bulgarien:** **Karin dom**, eine Stiftung, die Online-Unterrichtsangebote zur Unterstützung von Familien von Kindern mit besonderen Bedürfnissen bereitstellte.
 - **Deutschland:** **Krisenchat**, ein Rund-um-die-Uhr-Beratungsdienst, der jungen Menschen und Kindern über WhatsApp oder SMS kostenlose praktische Unterstützung und Trost bot.
 - **Irland:** **Alison** – eine Plattform für kostenlose Online-Kurse & Online-Lernen – für das Projekt *Coronavirus – Was Sie wissen müssen*, einen kostenlosen Kurs zu Fakten in Bezug auf COVID-19, der in über 70 Sprachen übersetzt wurde und weltweit mehr als 350 000 Mal angesehen wurde.
 - **Österreich:** **#EUROPAgegenCovid19** – ein Netzwerk zur Bekämpfung von Desinformation, Fake News und Falschinformationen über die Pandemie und zur Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger gegen emotionale und kognitive Manipulation.
 - **Polen:** **Krystyna Paszko**, Schülerin der Sekundarstufe, die den Online-Shop *Chamomiles and Pansies* gegründet hat, der Opfern häuslicher Gewalt während des Lockdowns einen Rettungsanker bietet.